



# Barthle-Brief

Nr. 41

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

12.10.2007

Thema der Woche:

## **Sozial ist, was Arbeit schafft!**

**Die SPD steht mit ihren Forderungen zum Arbeitslosengeld I am Scheideweg – will sie Bremse sein oder mit CDU und CSU weiterhin Motor des Aufschwungs?**

Die neuen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen: Die Reformanstrengungen der letzten Jahre waren nicht umsonst, wir sind auf dem richtigen Weg. Deutschland hat alle Chancen, wieder zu einer verlässlichen Wachstumslokomotive in Europa zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit zwölf Jahren. Das ist auch Folge unserer richtigen Politik. An diesen Zahlen können wir gerade jetzt ablesen, wie das Konzept „Investieren, sanieren, reformieren“ Früchte trägt und wir eine wirtschaftliche Entwicklung erleben, die noch vor einem Jahr kaum einer für möglich gehalten hätte. Der wirtschaftliche Aufschwung ist neben einer günstigen weltwirtschaftlichen Lage in erster Linie den vielen leistungsbereiten Menschen in unserem Land zu verdanken. Er ist die zwingende Voraussetzung für eine Teilhabe auch der Schwächeren. Wir wollen, dass der Aufschwung bei allen ankommt.

Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ergeben, dass die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich mitgestaltete Reform des Arbeitsmarktes einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Die Betonung des Förderns und Forderns hat zu einer größeren Kompromissbereitschaft der Arbeitslosen bei der Arbeitssuche geführt. Offene Stellen werden wesentlich schneller wieder besetzt als vor der Reform. Wegen der positiven Erfahrungen hat rund jeder zehnte Betrieb in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen für Geringqualifizierte geschaffen. Hunderttausenden von Menschen, Akademikern, Facharbeitern sowie Geringqualifizierten werden neue Chancen geboten.

Diese Entwicklung ist erfreulich, zurücklehnen dürfen wir uns aber nicht. Angesichts von immer noch über 3,5 Millionen Arbeitslosen wis-

sen wir: Wir sind noch nicht über den Berg. Deswegen werden wir Kurs halten und weiterhin Politik für mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit machen.

Leider fehlt dieses eindeutige Bekenntnis bei unserem Koalitionspartner. Die SPD gibt der Linken nach und setzt auf populistische Forderungen. Wir wollen, dass der Aufschwung bei denen ankommt, die ihn durch ihre tägliche harte Arbeit möglich gemacht haben. Daher setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken – auch, weil so die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Beitragssenkung, die allen Arbeitnehmern zu Gute kommt, hat für uns Vorrang vor neuen und längeren Transferleistungen. Wir wollen Arbeitsplätze schaffen und nicht Arbeitslosigkeit verwalten. Das ist für uns soziale Politik. Deshalb kommt eine Veränderung beim Arbeitslosengeld I für uns nur dann in Frage, wenn diese aufkommensneutral ist. Wir wollen alles dafür tun, dass dieser Aufschwung dauerhaft ist. Daher fordern wir die konsequente Aktivierung von Arbeitslosen sowie eine Konzentration der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Durch die Förderung von Beschäftigungschancen in Privathaushalten möchten wir die Voraussetzungen für zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Devise muss weiterhin lauten: Arbeitskosten senken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken.

Die Union ist entschlossen, mit einem solchen Programm den Aufschwung zu festigen und ihn auf eine dauerhafte Grundlage zu stellen. Damit machen wir möglich, dass immer mehr Menschen von diesem Aufschwung profitieren: Diejenigen, die schon in Arbeit sind, genauso wie die, die Arbeit suchen.

### **Afghanistan-Einsatz verlängert**

In dieser Woche haben wir über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO abgestimmt. Der federführende Auswärtige Ausschuss hat sich bereits am Mittwoch mit großer Mehrheit für die Verlängerung der Beteiligung der Bundeswehr an diesem Einsatz um ein Jahr ausgesprochen. Für den Antrag der Bundesregierung stimmten neben den Regierungsfractionen auch die Liberalen und die Mehrheit der Grünen. Gegen den Antrag stimmte die Linksfraktion. Mit dieser Abstimmung bekräftigen wir unser Engagement: Afghanistan braucht weiter unsere Unterstützung, um ein funktionstüchtiger, demokratischer Staat zu werden, der selbst für seine Sicherheit sorgen kann. Mit dem Konzept der Bundesregierung und unserem Afghanistan-Positionspapier haben wir sowohl die Erfolge des Einsatzes als auch die Defizite klar benannt. Der Antrag sieht vor, dass das ISAF-Tornado-Mandat in das ISAF-Grundmandat integriert wird, wobei eine neue aufaddierte Obergrenze von 3.500 Soldaten vorgesehen ist. Zudem wird der Aufbau afghanischer Sicherheitsstrukturen (Polizei, Armee) intensiviert.

### **Deutsche in internationalen Organisationen**

Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern und insbesondere zu seinen finanziellen Beiträgen in vielen internationalen Organisationen quantitativ und qualitativ nicht mehr oder noch nicht angemessen repräsentiert. Eine systematische Personalpolitik der Bundesregierung gegenüber internationalen Organisationen ist nicht immer erkennbar. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen zu stärken, fordern wir die Bundesregierung auf, unter Einbeziehung der Länder eine langfristig angelegte Personalstrategie für eine verbesserte Positionierung Deutscher sowohl bezüglich Spitzenpositionen als auch im Hinblick auf Laufbahn- und Nachwuchsbeamte auszuarbeiten und umzusetzen. Auch gilt es, die Kommunikation mit den Deutschen in internationalen Organisationen durch den Aufbau eines Netzwerkes zu verbessern.

### **Förderung betrieblicher Altersversorgung**

Mit dem in erster Lesung anstehenden Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersversorgung schreiben wir die Beitragsfreiheit der Entgeltumwandlung, die bis Ende 2008 befristet war, auf Dauer fest. Damit wollen wir durch sichere und langfristig geltende Rahmenbedingungen die freiwillige kapitalgedeckte zusätzliche Altersversorgung weiter fördern. Zudem wird das Unverfallbarkeitsalter bei arbeitgeberfinanzierten Betriebsrentenanwartschaften von 30 Jahren auf 25 Jahre reduziert, um insbesondere Kinder erziehenden jungen Frauen diese Betriebsrentenanwartschaften zu erhalten.

### **Generationengerechtigkeitsgesetz**

In erster Lesung beraten wir das auf Antrag einzelner Abgeordneter eingebrachte Generationengerechtigkeitsgesetz. Die Antragsteller streben an, die Generationengerechtigkeit als verfassungsrechtliche Staatszielbestimmung im Umfeld der Artikel 20 und 109 des Grundgesetzes zu verankern.

### **Landwirtschaftliche Sozialversicherung an Strukturwandel anpassen**

Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden Gesetz zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wollen wir die agrarsozialen Sicherungssysteme stabilisieren und an den Strukturwandel anpassen. Die Einrichtung eines gemeinsamen Spitzenverbandes für die gesamte landwirtschaftliche Sozialversicherung als Körperschaft des öffentlichen Rechts soll die Steuerung und Koordinierung innerhalb der landwirtschaftlichen Sozialversicherung verbessern. Zudem sind Änderungen im Beitrags- und Leistungsrecht der Unfallversicherung für landwirtschaftliche Unternehmer und deren Ehegatten vorgesehen.

### **Zitat**

„Ich bin mehr für Fordern. Kurt Beck ist mehr für Fördern. Jetzt müssen wir mal sehen, wie wir das mit den zwei Pünktchen über dem O hinkriegen.“ (Arbeitsminister Franz Müntefering in dieser Woche zum SPD-Streit.)

*Ich sage ganz persönlich: Meine Unterstützung hat „Münze“ in dieser Frage. Der Beck-Vorschlag führt in die Irre!*